

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 86/87, und die Post zu beziehen.

Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungliste Nr. 4089 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtsige Anzeigen 20 Pf. Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 69.

Freitag, den 22. März 1895.

2. Jahrgang.

## Siehe eine Beilage.

### Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 20. März 1895.

65. Sitzung.

Präsident v. Loebeow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Tische des Bundesraths: Freiherr v. Marschall, Dr. Kayser.

Eingegangen ist die Novelle zum Brauntweingesez. Zunächst steht in zweiter Lesung der Gesetzentwurf, betreffend die Vornahme einer Berufs- und Gewerbezahlung im Jahre 1895.

Die Kommission (Referent Abg. Dr. Haff, national-liberal), beantragt unveränderte Annahme des Entwurfs und folgende Resolutionen:

- 1) Die Frage nach den Quittungskarten für die Invaliditäts- und Altersversicherung fallen zu lassen;
- 2) Die Frage nach der Beschäftigung gegen baaren Lohn nicht nur auf die Personen über 16 Jahre zu beschränken;
- 3) In dem Gewerbefragebogen zu Frage 12 auch nach der durchschnittlichen Kraftleistung der benutzten Wasserkraftwerke (Wasserräder, Turbinen) zu fragen;
- 4) Es den Einzelregierungen zu überlassen, Befragten zu stellen oder zuzulassen, insbesondere über den Geburtsort und der Adresse des Arbeitgebers, falls die Verallgemeinerung dieser Fragestellung für das ganze Reich unthunlich erscheint;
- 5) Am 1. Dezember 1895 eine Volkszählung stattfinden zu lassen und bei derselben die auf die Arbeitslosigkeit bezüglichen Fragen vom 14. Juni 1895 zu wiederholen.

Zu § 1, durch den die Abhaltung der Zählung festgestellt wird, bemerkt

Abg. Lenzmann (Freil. Volksp.): Er hatte den Zählungstermin, den die Regierung in Aussicht genommen habe, also den 14. Juni, für durchaus ungeeignet, um einen klaren Einblick zu gewinnen, welchen Umfang die Arbeitslosigkeit angenommen habe. Vielleicht komme die Regierung noch von ihrer Ansicht zurück und verlege den Termin in den September. Im Uebrigen würde seine Partei der Vorlage und den von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen zustimmen.

Unterstaatssekretär Dr. v. Kottenburg erwidert, ein vollständiges Bild über die Arbeitslosigkeit werde sich auch im September nicht ergeben. Die Fragen über die Arbeitslosigkeit würden aber bei der Volkszählung am 1. Dezember wiederholt werden. Der Termin im Juni sei hauptsächlich aus Rücksicht darauf gewählt worden, daß auch die frühere Gewerbezahlung in diesem Monat abgehalten worden sei und eine Vergleichung der Resultate beider Aufnahmen für die Statistik keinen Werth haben würde, wenn die diesjährige in einem anderen Monat würde stattfinden.

§ 1 wird darauf angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes.

Zu den Resolutionen erklärt Unterstaatssekretär Dr. von Kottenburg er könne zwar Namens des Bundesraths keine Zusicherungen geben, glaubt aber, daß derselbe sich den Beschlüssen der Kommission gegenüber wohlwollend verhalten werde.

Abg. Kettich (konf.) hätte zwar gewünscht, daß die Statistik der Quittungskarten, auf welche das Reichsversicherungsamt großen Werth lege, mit aufgenommen würde, will aber von besonderen Anträgen absehen und für die Resolutionen stimmen.

Die Resolutionen werden darauf angenommen. Darauf wird die zweite Beratung des Kolonial-Etats in Verbindung mit den auf die Schutzgebiete bezüglichen Titeln des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt.

Der Etat für Kamerun beantragt die Kommission (Referent Abg. Prinz Arndberg (Zentrum)) unverändert zu bewilligen.

Bebel (S.) bittet um Auskunft, ob gegen den Assessor Wehlau wegen der ihm in öffentlichen Blättern vorgeworfenen Grausamkeiten seitens des Auswärtigen Amtes eine Untersuchung eingeleitet sei.

Direktor der Kolonialabtheilung Dr. Kayser erwidert, Wehlau sei preussischer Gerichtsassessor, das Auswärtige Amt sei also zur Einleitung eines Verfahrens in diesem Falle nicht zuständig gewesen. Die Akten seien indeß dem preussischen Justizminister übergeben worden, von dem eine Antwort bis jetzt noch nicht eingegangen sei.

Dr. Hammacher (N.) fragt an, was die Regierung zur Beobachtung und Verbesserung der sanitären Verhältnisse gethan, und ob sie geneigt sei, die humanen Gesellschaften zu unterstützen, die in diesem Sinne thätig seien.

Direktor Dr. Kayser entgegnet, es seien Laboratorien bereits in Kamerun und Ostafrika errichtet, und man erwäge auch den Gedanken, für diese und die in den anderen Kolonien zu errichtenden Laboratorien eine Zentralfabrik zu schaffen. Er habe sich zu diesem Behufe bereits mit dem preussischen Kultusminister in's Einvernehmen gesetzt.

Der Etat für Kamerun wird bewilligt.

Der Etat für Togo wird debattelos, dem Antrage der Kommission entsprechend, angenommen.

Der Etat für das südwestafrikanische Schutzgebiet beantragt die Kommission gleichfalls unverändert zu genehmigen.

Graf Arnim (N.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß endlich friedliche Zukände hergestellt seien. Man habe leider zu lange mit der Entsendung einer genügenden Schutztruppe gewartet, und wir hätten das mit schweren Opfern an Zeit und Geld hüten müssen. Es sei dies eine Folge der Art von Kolonialpolitik, wie sie Graf Caprivi betrieben habe, der außerdem den englischen Gesellschaften ein beträchtliches Gebiet der Kolonie auf eine Reihe von Jahren hin zur Verfügung gestellt habe.

Wir hätten von den englischen Gesellschaften uns doch wenigstens angemessene Gegenkonzeptionen machen lassen. Die Regierung müsse jedenfalls nur ein wachsam Auge auf diese Gesellschaften haben.

Direktor Dr. Kayser erwidert, im Jahre 1890 habe die deutsch-südwestafrikanische Gesellschaft noch keinerlei Thätigkeit im Schutzgebiet entfaltet gehabt, es sei daher durchaus erwünscht gewesen, als sich englisches Kapital zur Erschließung und Kultivierung des Schutzgebiets anbot. Die englischen Gesellschaften haben auch sehr viel gethan, um das ihnen zugewiesene Gebiet zu kolonisieren. Sie hat allerdings bisher ausschließlich englische Ansiedler eingeführt, würde aber ebenso gern Deutsche annehmen, wenn solche sich anböten. Die englischen Gesellschaften haben ferner alles gethan, was sie zur Unterstützung der deutschen Regierung thun konnten, sie haben nichts unternommen, ohne deren Zustimmung nachzusuchen. Daß die Gesellschaften keine Gegenleistungen böden ist nicht richtig; wir haben ihnen Abgaben auferlegt, haben sie zur Herstellung von Straßen und Verkehrswegen verpflichtet und den Bau einer Eisenbahn auferlegt, die für uns und für das Schutzgebiet von großem Werthe ist.

Abg. Bebel hält eine Ansiedelung von Deutschen in Südwestafrika nur dann für möglich, wenn noch erheblich mehr Aufwendungen als bisher gemacht würden. Straßen müßten angelegt, auch Bahnhöfen gebaut werden. Wer trägt denn dafür, daß der Friede mit Witbooi dauernd hergestellt sei? Erfreue letzteres wirklich zu, so könne jeden Augenblick ein neuer Aufruhrstand ausbrechen. Dazu komme, daß weite Strecken des Schutzgebiets für Ackerbau und Viehzucht absolut unbrauchbar sei. Interessant scheine ihm in den neueren Mittheilungen, daß in Südwestafrika eine Akazie vorkomme, deren Rinde sich sehr gut zu Lohe eigne. Nach den langen Debatten über den Auerbachzoll scheine es doch eigen thümlich, daß man die „Gefahr“ ganz übersehe, die unseren Eichen schädlichen Krankheiten von Südwestafrika her droht. Man wolle vielmehr Mittel ausfinden, um der „Schwer“ darüber liegenden Landwirthschaft mit der Förderung der südwestafrikanischen Viehzucht einen neuen Konkurrenten zu schaffen.

Abg. Dr. Hammacher (N.) weist den Vorredner auf den Widerspruch zwischen Anfang und Schluß seiner Rede hin. Erst sollte die Kolonie ganz werthlos sein, und dann wieder wäre zu fürchten, daß sie ein gefährlicher Konkurrent für unsere Landwirthschaft werde. In den letzten zwei Jahren sei allerdings viel für die Hebung der Kolonie geschehen, und zum Mindesten sei der Beweis geliefert, daß ein großer Theil des Schutzgebiets in Südwestafrika für die Viehzucht außerordentlich brauchbar sei. Es sei also begründete Hoffnung vorhanden, daß Südwestafrika sich selbst erhalte. Auch eine so zahlreiche Schutztruppe, wie heute, würden wir auf die Dauer sicher nicht nöthig haben. Daß neue Aufstände ausbrechen könnten, sei nach seinen Informationen, eine durchaus unbegründete Befürchtung. Mit dem Grafen Arnim stimme er darin überein, daß der englischen Gesellschaft zu weitgehende Privilegien eingeräumt worden seien. Die Reichsregierung habe da zu voreilig einen Sprung ins Dunkle gemacht.

Abg. Dr. Haff (N.) fragt an, weshalb die Regierung dem langjährigen erbitterten Gegner unserer Kolonialbestrebungen in Südwestafrika, Witbooi, nach seiner Abfindung eine Staatspension bewilligt habe. Er hätte es lieber gesehen, man hätte ihn nach Spanbau oder Neu-Guinea schaffen sollen. Statt dessen habe man ihn wohl gar seine Waffen noch gelassen.

Direktor Dr. Kayser erklärt, daß in Afrika diese Behandlung des früheren Gegners sehr hoch aufgenommen worden sei. Man sei überzeugt, sie werde es bewirken, daß Witbooi uns nun ein ebenso warmer Freund werden würde, wie er bisher unser erbitterter Feind gewesen sei. Die Pension habe man ihm gewähren müssen, damit er seinen Lebensunterhalt ohne Räubereien bestreiten könne. Bis jetzt habe Witbooi sich auch durchaus loyal verhalten.

Abg. Bebel erwidert dem Abg. Hammacher, daß er nichts gesagt habe, was sich nicht in dem offiziellen Bericht über die Kolonien vorfindet. Daß die Ausgaben für das Schutzgebiet sich von Jahr zu Jahr steigern würden, scheinen ihm ganz unvermeidlich.

Abg. Graf Arnim bezweifelt, daß vorläufig die von den Engländern zu bauende Bahn den deutschen Ansiedlern zu Gute kommen werde.

Der Etat für Südwestafrika wird darauf angenommen. Die auf die Schutzgebiete bezüglichen Titel des Auswärtigen Amtes werden debattelos angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Etat der Justizverwaltung, des Reichseisenbahnen, kleinere Etats, Wahlprüfungen. Schluß 4 1/4 Uhr.

## Politische Rundschau. Deutschland.

Aus dem Reichstage. Während im Vorjahre die Debatte über den Etat von Kamerun mehrere Tage gedauert hatte, wurde er gestern schnell erledigt. Nur leise gestreift wurden die schmachvollen Vorgänge, die damals alle Gemüther bewegten. Bebel fragte an, ob die Untersuchung gegen den Mitschuldigen Leitz's, den Assessor Wehlau, wegen der von ihm verübten Barbareien eingeleitet sei. Direktor Kayser erwiderte, Wehlau sei preussischer Assessor und unterstehe als solcher nicht dem Auswärtigen Amt, die Angelegenheit liege indeß dem Justizminister zur Entscheidung vor. Das war die einzige Erinnerung an die Debatten und die Erregung des Hauses im Vorjahre. Sonst verlief alles still und friedlich, die Abgeordneten hatten offenbar keine Lust mehr zu laugen Reden und machten meist nur kurze Bemerkungen. Eine längere Auseinandersetzung entspann sich nur zwischen Bebel

einerseits und den beiden Abgeordneten Hammacher und Graf Arnim andererseits über den Werth oder den Umwerth der südwestafrikanischen Schutzgebiete. Bebel wies mit Recht auf den Widerspruch hin, der in der Kolonialschwärmerei gerade unserer Agrarier liegt, die doch am meisten geschädigt werden würden, wenn erst einmal aus den Kolonien Getreide nach Deutschland eingeführt werden sollte. Graf Arnim spielte sich auf den Patrioten hinaus, auch Dr. Hammacher widersprach unserm Genossen. Es muß aber um die südwestafrikanischen Kolonien faul stehen, wenn Herr Hammacher seine blutigen Gründerfinger dazwischen hat. Schon um 4 Uhr trat der Schluß der Sitzung ein, obwohl noch vorher die 2. Lesung des Gesetzes über die Berufs- und Gewerbezahlung erledigt worden war. Heute stehen außer dem Etat der Reichsjustizverwaltung und der Reichseisenbahnen eine große Anzahl Wahlprüfungen zur Berathung. Merkwürdigerweise fehlt unter ihnen die des Abg. Dr. Böttcher, des Vorsitzenden der Umsturzkommission, dessen Wahl bekanntlich von der Kommission für ungültig erklärt worden ist.

Nachklänge zur Wahl in Schwwege-Schmalkalden. Die Antisemiten dürfen den achtzehnten März mit rother Kreide anzeichnen, denn der Tag hat ihnen einen unerwarteten Sieg in Schwwege-Schmalkalden gebracht. Der Erfolg, den sie bei der Stichwahl gehabt haben, ist fast ohne Beispiel in den Annalen der Reichstagswahlen und zeigt, daß unter Umständen auch die sichersten Berechnungen zu Schanden werden können. Nach dem Resultat des ersten Wahlgangs schien der 1893 gewonnene Kreis für die Antisemiten verloren zu sein. Dagegen sie von dem Bunde der Landwirthe unterstützt worden waren, brachten sie es für ihren Kandidaten, den Kadapa pastor Iskraut, nur auf die Stimmenzahl, die ihnen 1893 ohne Verbündete zugefallen war, auf etwa 3800. Der freisinnige Kandidat erhielt 3400, der nationalliberale 3200, der sozialistische aber 5400, hatte also vor dem Antisemiten einen Vorsprung von 1600 Stimmen. Der Kreis zählt insgesammt etwa 22,000 Wähler; davon hatten 16,000, etwa 70 Prozent, abgestimmt. Für die Stichwahl konnte man nach vielfacher Erfahrung kaum auf gleiche Wahlbetheiligung rechnen. Die erste Ueberaufgebung des 18. März ist das Anwachsen der Zahl der abgegebenen Stimmen von 16,000 auf 17,600. Man muß danach annehmen, daß nicht nur fast alle Wähler, die am 28. Februar gestimmt haben, wieder erschienen sind, sondern auch Reserven in der Stärke von etwa 2000 Stimmen herangezogen wurden. Den Zugzug darf man deshalb ohne Weiteres von Antisemiten zurechnen, die trotz der geringen Aussichten ihres Kandidaten für die Stichwahl in der Bearbeitung der Wähler nicht nachgelassen, sondern Alles, Feuerwehren und Pastoren, aufgeboten hatten, um das Mandat zu behaupten. Rechnen konnten sie weiter mit Sicherheit auf die Stimmen der Nationalliberalen, die man mit 3000 einsehen kann. Von Seiten der nationalliberalen Parteileitung im Kreise war unmittelbar nach der ersten Wahl ein Aufruf erlassen worden, der die Wähler aufforderte, ihre Stimmen dem antisemitischen Kandidaten zu geben. Es blieb nicht bei dem Aufruf; aus den Vereinen und Korporationen, die der Nationalliberalismus beherrscht, auch Feuerwehren und Kriegervereinen heraus entwickelte sich für Iskraut eine Agitation von solcher Kraft, wie sie nicht für den eigenen Kandidaten, den „Afrikaner“ Dr. Peters entwickelt worden war. Nimmt man nun an, daß die Nationalliberalen Mann für Mann dem Antisemiten die Stimme gegeben haben, so stellt sich, nach der „Freifr. Bzg.“, die Rechnung wie folgt:

Antisemiten und Agrarier (Zahl vom 28. Febr.)	3800
Zugzug neuer Stimmen	2000
Nationalliberal	3000

Zusammen 8800  
Nun hat aber Iskraut noch etwa 1000 Stimmen über diese Ziffer erhalten. Woher kommen die? Es bleibt keine andere Antwort als: Auch aus dem freisinnigen Lager sind Wähler in größerer Anzahl zu den Antisemiten übergegangen, was sich ziffermäßig leicht nachweisen läßt. Die Zahl der freisinnigen Stimmen belief sich am 28. Februar auf 3400, der Zuwachs, den die sozialdemokratischen Stimmen in der Stichwahl erhielten, beträgt rund 1300; von den 2000, die übrig bleiben, muß die größere Zahl für Iskraut abgegeben worden sein. Darauf konnte man um so weniger gefaßt sein, als der Kandidat der Freisinnigen, Professor Stengel-

Marburg. für die Wahl unseres Kandidaten mit Schrift und Wort eingetreten war. Trotz alledem bedeutet die Wahl für uns keinen Misserfolg; das Wachstum seit 1899 ist für uns ganz bedeutend. Dagegen hat sich als unzuverlässig bewiesen und damit selbst politisch diskreditiert die freisinnige Partei, die thatsächlich fast einmüthig dem Antisemiten die Stimmen gegeben hat. Ob die Hoffnung auf antisemitische Hilfe für die Freisinnigen in Lennep-Mettmann ihr Beweggrund war oder ob die Freisinnigen einfach ihrer Natur als Freiheitsphrasen und wirkliche Reaktionäre treu geblieben sind, können wir heute noch nicht entscheiden.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung am Montag den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Branntweinsteuergesetzes vom 24. Juni 1887 in der durch die Ausschussanträge festgestellten Fassung angenommen. Der Entwurf nimmt für die verschiedenen landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien eine Staffelung der Brennsteuer in Aussicht. Die Brennsteuer soll in landwirtschaftlichen Brennereien 0,5—6 Mk. für das Hektoliter betragen, je nachdem die Erzeugung 300—600 Hektoliter jährlich bis zu 3600 Hektoliter und darüber beträgt. Für die Zeit vom 1. Juni bis 15. September außerdem noch 2—5 Mk. für das Hektoliter je nach dem Inhalt des täglich bemaßten Bottichraums. In gewerblichen Brennereien soll die Brennsteuer ebenfalls von 0,5 bis 6 Mk. für das Hektoliter steigen, doch soll hier die Höchstbesteuerung bereits bei 2400 Hektoliter jährlicher Produktionsmenge erreicht werden. Der Ertrag der Brennsteuer ist auf 2—2½ Millionen Mark veranschlagt. Danach soll eine Ausführungsvergütung von 6 Mk. für das Hektoliter gewährt werden, wobei dann noch ein Ueberschuß übrig bleibt, um den Einnahmeausfall zu decken, der in Folge der Zuschlagsermäßigungen für die kleinen landwirtschaftlichen Gesehbrennereien erwartet wird und auf 150 000—200 000 Mark zu schätzen ist. Um die „Überschwemmung“ des Marktes mit Melasse-Spiritus zu verhindern, sollen in allen Melasse verarbeitenden Brennereien, die im laufenden Betriebsjahr eine Alkoholmenge herstellen, die das Kontingent um als 50 pCt. übersteigt, für jedes weitere nach dem 31. März hergestellte Hektoliter reinen Alkohols 5 Mk. Brennsteuer erhoben werden; in nicht kontinentalen Melassebrennereien soll sogar jedes in der Zeit vom 1. April bis 30. September d. Js. erzeugte Hektoliter Alkohol dieser Brennsteuer unterliegen. Im übrigen soll das Gesetz am 1. Oktober d. Js. in Kraft treten. — Die Junker können sich über diese „Reform“ herzlich freuen.

Der agrarische Staatsrath. In der Sitzung des Staatsraths vom Dienstag wurde nach dem Bericht des „Reichs-Anzeigers“ in die Verhandlungen über Nr. IV der Vorlage, betreffend die Maßnahmen zur Beschäftigung der ländlichen Arbeiterbevölkerung, insbesondere in den östlichen Provinzen der Monarchie, durch wirksame Unterstützung der Rentengutsbildung, durch Ermöglichung der Rentengutsbildung für kleine Stellen (Arbeiterstellen), eingetreten, welche bis zur Pause fortgesetzt wurde.

Berlin. Montag Abend fanden zwölf äußerst gutbesuchte Volksversammlungen mit dem Thema: „Der 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat“ statt. Auch die Konfusionsarose — „Anarchisten“ in Gänsefüßchen — hielten aus gleichem Anlaß eine Extraversammlung ab, die von ungefähr 300 Personen besucht wurde.

Das Centrum hat jetzt definitiv beschlossen, eine Bismarck-Ovation im Reichstage nicht ruhig hinzunehmen, so daß eine kompakte Majorität gegen die agrarisch-antisemitisch-nationalliberalen Geburtstags-Enthaltungen vorhanden ist.

Der Staat muß gerettet werden. Der frühere verantwortliche Redakteur der „Sächsischen Arbeiterztg.“, Genosse Reichert in Dresden ist wegen Beleidigung zu einem Jahr drei Monaten Gefängniß verurtheilt!

Billiges Geld! Wie in der letzten Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins Teltow der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Oberamtmann Ring-Düffel, mittheilte, hat die königl. Seehandlung dem landwirtschaftlichen Zentralverein für Brandenburg und die Niederlausitz einen Kredit von 500 000 Mark zu 2 pCt. behufs Gründung und Unterstützung landwirtschaftlicher Kreditgenossenschaften bewilligt. — Wer giebt den Kaufleuten, den Handwerkern und Arbeitern für gleiche Zwecke so billiges Geld?

Ranik II. Das Organ des „Bundes der Landwirthe“ veröffentlicht einen veränderten Antrag Ranik, den der Rittergutsbesitzer Grittner in Obermarklenitz bei Pöhlau in Oberschlesien dem Reichskanzler und dem Sekretär des Staatsraths eingereicht hat. Der Unterschied des Vorchlages des Herrn Grittner und des Antrages Ranik besteht darin, daß die Verwendung der durch den Getreideeinkauf im Auslande erzielten Ueberschüsse festgelegt wird, und zwar nach dem Grundsatz, daß, wo am meisten ausländisches Getreide verbraucht worden ist, dort auch die größten Ueberschüsse zur Verwendung „im allgemeinen Interesse“ gelangen müssen. — Es sollen sich verschiedene „maßgebende“ Abgeordnete, auch solche, welche dem Antrag Ranik sonst nicht günstig gesinnt sind, sympatisch zu diesen Vorschlägen geäußert haben. Der Antrag wird, wie es heißt, im Staatsrath bereits Mittwoch zur Berathung gelangen. — Wenn jeder Antrag, den irgend ein beliebiger Agrarier dem Staatsrath übermitteln, sofort berathen werden sollte, so käme der Staatsrath vor 1900 gewiß

nicht auseinander. Es versteht sich, daß der Antrag Ranik II. im Prinzip ebenso unhaltbar ist, wie der Antrag Ranik I. Er wird daher dasselbe Schicksal haben wie dieser.

Protest gegen die Tabaksteuer. Unter Betheiligung von mehr als 3000 Interessenten der Tabakbranche wurde am 19. März im Feenpalast in Berlin ein auch von auswärtigen Fabrikantenkreisen stark besuchter Kongreß der deutschen Tabakfabrikanten, Händler und Interessenten abgehalten. Es wurde eine Resolution gegen jede weitere Besteuerung des Tabaks einstimmig angenommen.

Folgen der Tabaksteuervorlage. In Gießen ist von 17 Firmen, welche in 38 Betrieben ca. 3000 Arbeiter beschäftigen, durch Anschlag bekannt gemacht worden, daß sie in Folge der Unsicherheit, welche die Tabaksteuervorlage im Gefolge hat, nicht vorausszusehen vermögen, wie lange sie noch mit Vollbetrieb arbeiten können, und daß sie nach Ablauf der Kündigungsfrist von zwei Wochen die Arbeitszeit voraussichtlich bis auf 6 Stunden per Tag einschränken, beziehungsweise die Produktion vermindern müßten.

Die Handwerker-Enquete wird sich in Preußen auf zwei Regierungsbezirke beschränken. Daß dabei nicht viel herauskommen kann, ist selbstverständlich.

Deutschlands Größe. In der Nummer 23 des Berliner „Lokal-Anzeiger“ finden sich unter Gerichtsverhandlungen folgende zwei Fälle hintereinander abgedruckt: 1) Ein obdach- und mittelloses dem Arbeiterstande angehöriger Mann suchte sich dadurch ein Unterkommen zu verschaffen, daß er Schmähreden gegen die geheiligte Person Seiner Majestät ausstieß. Urtheil: 1 Jahr 6 Monat Gefängniß. Ein Hausverwalter unterließ aus Sparsamkeit die Treppenbeleuchtung, hierdurch zu Fall kommend, zog sich ein Droschkenkutscher erhebliche Verletzungen zu. Urtheil: 10 Mark Geldstrafe. — In England hätte vielleicht der Hausverwalter ein Jahr sechs Monat Gefängniß bekommen, während den bedauerlichwerthen „Majestätsbeleidiger“ auf keinen Fall auch nur ein Haar gekrümmt worden wäre. Dafür ist England allerdings auch ein wildes Land, während Preußen-Deutschland das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte bildet.

Der „Vorwärts“ macht mit Recht darauf aufmerksam, daß die Annahme der Umsturz-Vorlage oder Theile derselben nur dadurch gehindert werden könne, daß das Volk sich energisch rührt. Er sagt: „Verlasse man sich nur nicht auf die Kundgebungen von denen die Zeitungen jetzt voll sind. Sie sind von sehr verschiedenem Werthe und es ist nur ein kleiner Kreis von Personen, von dem sie ausgehen. Woß dann werden diese Kundgebungen Bedeutung gewinnen, wenn das Volk in seiner Gesamtheit hinter ihnen steht. Die Reichstags-Majorität ist ungewiß und schwankend. Das Volk muß sich regen! Das Volk muß auf die Abgeordneten wirken! Das ist das einzige Mittel, die „Umsturzvorlage“ sicher in den Papierkorb zu befördern. Es ist noch Zeit. Vor den Osterferien kann die Umsturzvorlage nicht mehr in's Plenum kommen; die zweite und entscheidende Lesung wird erst Ende April oder Anfangs Mai beginnen. Wir haben also anderthalb Monate vor uns. Diese sind zu benutzen. Und sie reichen aus, die Umsturzvorlage umzustürzen. Verlassen wir uns nicht auf den Reichstag allein. Die Majorität der Volksvertretung ist schwach und biegsam. Sie wird entweder von der Regierung gebeugt werden, oder von dem Volke. Das Volk hat die größere Kraft. Wenn es den Willen hat und seinen Willen bethätigt, so ist das Schicksal der Umsturzvorlage besiegelt. In der Hand des Volkes liegt die Entscheidung.“

Dem freikonservativen Reichstags-Abgeordneten für Weimar, Kalmring, der kürzlich gestorben ist, war es, so schreibt die „Apotheker Freie Presse“, vergönnt, durch den Tod vor der Schande bewahrt zu werden, den Parlamentsstich mit dem Kerker vertauschen zu müssen. Der Thränen, die ihm nachgeweint werden, sind gar viele. Der Verstorbene hat mehrfache Unterschlagungen begangen, darunter eine, die von besonders niedriger Gesinnung zeugt. Kalmring hat es fertig gebracht, daß ihm von seiner eigenen Dienstmagd geschenkte Vertrauen auf das schmählichste zu mißbrauchen. Die seit 1867 bei Kalmring in Dienst befindliche Alma S. aus Lindbach hatte ein kleines Erdtheil von etwa 200 Thaler und sonstige kleine Beträge in der Sparschasse Wieselbach angelegt, und das Sparsassenbuch ihrem Dienstherrn, dem Bürgermeister Kalmring, zur Aufbewahrung übergeben. Er hat das Geld abgehoben und in seinem Interesse verbraucht. Ferner hat das arme Mädchen von ihrem fargen Lohn — 24 Thaler jährlich — sich noch Ersparnisse abgedarbt und ihren Dienstherrn gebeten, die Beträge auf das Sparsassenbuch für sie einzuzahlen. Alles hat er in seinem Interesse verbraucht. Bei der großen Schuldenlast dürfte dem armen Mädchen das bißchen Habe für immer verloren sein.

Ein großes Licht auf die ganze Gesellschaft, welche für Ordnung, Familie und Sitte kämpft, wirft folgende Anzeige der „Lüchower Kreiszeitung“: „Bekanntmachung. Am Sonntag, 17. Februar, Nachmittags 4 Uhr, soll ein Kind, ungefähr drei Wochen alt, von der Gemeinde an Mindestfordernde (!) in Verpflegung vergeben werden. Reflektirende haben sich beim Gemeindevorsteher zu melden. Bevestorf, 12. Februar 1895. Der Gemeindevorsteher. Güters.“ — An den Mindestfordernden soll das arme Wurm verschachert werden! Ist das kein Hohn auf unsere ganze Zivilisation?

Das Schicksal der Oberfenerwerker-Schüler, deren Verhalten zu der Massenverhaftung führte, gestaltet sich sehr ungünstig. Vier von ihnen, die einem Garde-

Artillerie-Regiment angehörten, sind nach Verbüßung der etwa sechswohigen Strafe zu dem Truppentheile zurückgeführt und wurden in der vorigen Woche zu ihrem Kommandeur befohlen. Dort wurde ihnen eröffnet, daß das Regiment bestrafte Unteroffiziere nicht gebrauchen könne, und daß sie aus dem aktiven Militärverbande entlassen seien. Ob diese Maßregel auf den eigenen Entschluß des Regiments-Kommandeurs oder auf höhere Weisung zurückzuführen ist, kann noch nicht beurtheilt werden. Trifft der letztere Fall zu, so dürften solche Entlassungen auch bei den übrigen in Frage kommenden Regimentern stattfinden.

Die Arbeit hinter den Kulissen in Bezug auf die Umsturzvorlage scheint nicht recht vorwärts gehen zu wollen. Die Verständigung zwischen den Agrariern und dem Centrum muß doch wohl schwieriger sein, als es sich die Freunde der Volksnebelung gedacht haben. Oberwird die „Schwierigkeit“ bloß markirt, um die Opposition gegen die Vorlage abzustumpfen? Jedenfalls muß die Thatsache festgestellt werden, daß die für Mittwoch, den 20. d. Mts., anberaumte Sitzung der Reichstagskommission für die „Umsturzvorlage“, in der die zweite Lesung beginnen sollte, um acht Tage, bis zum 27. März, hinausgeschoben worden ist. — Inzwischen wird die Ruh, um die gehandelt wird, immer kränker. Selbst in den nationalliberalen Kreisen, denen die Bismarck-Feier noch Zeit übrig gelassen hat, an andere Dinge zu denken, dämmert allmählich das Gefühl für die verhängnißvolle Tragweite der Vorlage an.

Noch ein Opfer der Umsturzvorlage. Man schreibt der „Frei. Ztg.“: Man hat in letzter Zeit lang und breit erörtert, was Alles, wenn die Umsturzvorlage Gesetzeskraft erlangt, unmöglich gemacht wird, doch nirgend ist bis jetzt darauf hingewiesen worden, daß in diesem Falle selbst die Werke eines preussischen Königs dem Publikum nicht mehr zugänglich sein dürfen, es sei denn, daß man aus den Neuauflagen der Werke Friedrich II. den nachstehend angeführten Passus streiche. Friedrich schrieb einst in einem Briefe an d'Ulmert: „Wenn sich indeß eine Familie von allen Mitteln entblößt fände, und zwar in dem schrecklichen Zustande, den Sie schildern, so würde ich ohne Zögern behaupten, daß der Diebstahl erlaubt wäre, 1) weil sie überall abgewiesen werden, statt Hilfe zu finden; 2) weil es ein weit größeres Verbrechen wäre, sich und Frau und Kinder vor Hunger sterben zu lassen, als Einem etwas von seinem Ueberschuß zu stehlen; 3) weil die Absicht eines solchen Diebstahls tugendhaft und die That unerlässlich notwendig wäre. Ich bin auch überzeugt, daß kein Tribunal nach Ermittlung dieser Thatfachen einen Dieb verurtheilen werde. Die Bande der Gesellschaft gründen sich auf gegenseitigen Beistand; besteht sie aber aus hart-herzigen Seelen, so zerreißen alle Bande und der Naturzustand tritt ein, in welchem das Recht des Stärkeren Alles entscheidet.“ Man vergleiche „Friedrichs II. ausgewählte Werke“, Volksausgabe, zweiter Theil, Seite 388. Verlag von Siegfried Cronbach-Berlin.

Ueber den Umsturz der Umsturzvorlage schreibt Th. Barth in der „Nation“: „Bisher ist der Kreuzzug gegen die Umstürzer für diejenigen, die getroffen werden sollten, die Sozialdemokraten, jedenfalls am glücklichsten abgelaufen. Die sogenannten Ordnungsparteien liegen sich in den Haaren. Die Umsturzvorlage ist ein Trümmerfeld und die Sozialdemokratie sieht mit untergeschlagenen Armen den Bemühungen zu, die nunmehr darauf gerichtet werden, aus den Ruinen der Vorlage ein neues Zwing-Ur für Umstürzer und solche, die des Umsturz-dolus verdächtig sind, zu errichten. Leicht wird das nicht sein. Von den positiven Kommissionsbeschlüssen der ersten Lesung ist kaum ein einziger für den Neubau verwendbar. Ferner steht es fest, daß nichts zu Stande kommen wird, an dem das Centrum Anstoß nimmt; und das Centrum nimmt gerade an dem Anstoß, was Konservative und Nationalliberale am meisten schätzen, nämlich an dem nur leicht verdeckte Charakter der Umsturzvorlage als Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. Das Centrum hat demgemäß in der ersten Lesung der Kommission sich auch konsequenter bemüht, die Vorlage nach Möglichkeit von dem Ausnahmecharakter zu befreien und durch die Heranziehung aller Vertreter freier Kritik eine gemeinrechtliche Basis für das Prinzip zu schaffen: mitgefangen, mitgehungen. Diesen prinzipiellen Standpunkt zu verlassen, wird für das Centrum recht schwer sein. Dagegen ist es wohl möglich, daß die Konservativen dem Centrum weit entgegenkommen, um ein Kompromiß, und zwar im Wesentlichen auf der Grundlage der Centrums-Anschauungen, zum Abschluß bringen. Um solches Kompromiß vorzubereiten, haben die Betheiligten bis zum nächsten Mittwoch Bedenkzeit erbeten. Kommt dies Kompromiß nicht hinter den Coulissen zu Stande, so wird die zweite Lesung in der Kommission einheitliches Schauspiel bieten.“

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien. Bei den Wahlen zur Bezirkskrankenkasse oberten die Sozialdemokraten 56 Delegirte mandate; die „Nichtsozialdemokraten“, die alliiert Liberalen und Antisemiten drückten nur 44 Delegirte durch.

#### Italien.

Mailand. In einer Baumwollweberei der Stadt Gallarate streikten am 11. d. Mts. 100 Mäddchen die Spulenbereiterinnen, höheren Lohn verlangend; nothwendigerweise mußten auch 150 Arbeiter feiern. D

Mädchen wurde die Zulage gewährt; unterdessen kam es den schlafmüchtigen Männern auch in den Sinn, daß sie mit Hungerlöhnen abgesselt werden, traten ihrerseits in den Streik, so daß die Fabrik immer noch still steht. Auch sie haben beste Aussicht auf Erfolg, denn sie der Initiative von Mädchen von 14—18 Jahren zu verdanken haben werden. Mit einem Hoch auf das erwachende Klassenbewußtsein der Proletarierinnen giebt die Arbeiterpresse diese Nachricht.

## Lübeck und Umgegend.

21. März.

Für die Versammlung der Bürgerschaft am Montag den 25. März 1895, Vormittags 10 Uhr, im Bürgerschaftssaale des Rathhauses ist folgende Tagesordnung festgesetzt: I. Mittheilungen des Senates. II. Anträge des Senates. 1. Bewilligung von 9000 Mark zur Verlegung eines Gasrohrs in der Hürterthor-Allee. 2. Vorschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten für das Verwaltungsjahr 1895/96. 3. Staatsbudget für das Rechnungsjahr 1895/96. III. Kommissionsbericht, betr. die Einführung einer Kurtag in Travemünde.

Der präsidentirende Bürgermeister, Senator Dr. Behn, soll, wie verlautet, als erster Senatskommissar an der Budgetberatung in der Versammlung der Bürgerschaft teilnehmen. „Ein solcher Vorgang wäre neu in unserem öffentlichen Leben“, meint die den Agrariern unterworfenen „E.-Z.“ Wir finden durchaus nichts Neues dabei. Der Herr Bürgermeister würde nur „nach bestimmten Umständen“ in Deutschland in das öffentliche Leben eingreifen.

Die „Lübeckischen Anzeigen“ lassen sich folgendes welterschütternde Ereigniß aus Berlin drahten:

F. Berlin, 20. März. (Privat-Tele. der „Lüb. Anz.“) Die Vertreter der staatsverhaltenden Parteien haben sich geeinigt, eine namentliche Abstimmung über den Glückwunsch an den Fürsten Bismarck im Reichstag zu erzwingen.

Das ist ja schrecklich. Die oppositionellen Parteien werden natürlich jetzt sofort in das Maulloch kriechen.

Soll und Haben im Staate Lübeck. Offiziös wird geschrieben: Der Lübeckische Staat hat einen aus Ländereien, Forsten und Lagerplätzen u. s. w. bestehenden Domänenbesitz, dessen Jahresertrag über 570 000 Mark beträgt. Er verfügt außerdem über ein in vierprozentigen preussischen Konfols angelegtes Baarvermögen, das zur Zeit sich auf rund 10 400 000 Mark beläuft; von ihm sollen oben erwähnte 6 000 000 Mark für den Bau des Elbe-Trave-Kanals verwandt werden. Die Staatsschulden Lübecks bestanden zu Anfang des Jahres 1895 aus einer alten, mit 3 Prozent zu verzinsenden Schuld im Betrage von 2 960 000 Mark und einer 3 1/2 prozentigen Prämienanleihe, deren ursprünglicher Betrag von 10 500 000 Mk. durch Rückzahlungen bis auf 6 138 000 Mark abgetragen ist und welche im Jahre 1913 vollständig getilgt sein wird. Das vorhandene Aktivvermögen des Staates von rund 10 400 000 Mark überschreitet somit zur Zeit dessen Gesamtschuld im Betrage von 9 098 000 Mark um ein Erhebliches. Die Stadtgemeinde Lübeck hatte außerdem zu Anfang des Jahres 1895 eine rein städtische Schuld im Betrage von rund 4 400 000 Mark, welche mit 3 1/2 Prozent verzinst wird. Ausgenommen zur Erweiterung der städtischen Gas- und Wasserwerke, sowie zur Errichtung einer Anstalt für elektrische Beleuchtung, zur Erbauung eines Schlachthauses, einer Markthalle und einer Viehmarkthalle, wird die Schuld aus den Reinerträgen der erwähnten Anstalten, deren Betrag übrigens ein weit höherer ist, verzinst und alljährlich mit 1 pCt. nebst den ersparten Zinsen getilgt. Hiernach ist die Vermögenslage des Staates Lübeck im Verhältnis zu anderen deutschen Staaten immerhin noch günstig.

Der Bürgerausschuß brachte in seiner gestrigen Versammlung dem Senate zunächst Wahlvorschläge entgegen für Wahlen zur Kommission für den Nutzungswert der Grundstücke in der Stadt und der Vorstadt St. Gertrud, sowie für die Baudeputation. Der erste Senatstrag betraf die Ermächtigung der Vorsteherchaft des Kinderhospitals zum Ankauf von 1 ha 49 a 46 qm großen Grundstücken an der Kahlhorststraße Nr. 31 und 33 bezw. am Weidenweg für einen Neubau des Hospitals. Die Grundstücke sind gegen Zahlung des Kaufpreises von 60 000 Mark und Uebernahme einer Grundhauer von 28,35 Mark auf Grund der bereits am 25. Februar d. J. abgeschlossenen Kaufkontrakte zu erheben. Der Antrag wurde der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen. Auch der zweite Antrag: Bewilligung eines Staatspreises von 1500 Mark für das diesjährige Travemünder Pferderennen wurde mitgenehmigt. Der dritte Senatstrag forderte die Ermächtigung des Finanzdepartement zum Verkauf des ehemaligen Oldenburg'schen Grundstückes an der Dorotheenstraße und der ehemaligen Gätens'schen Badeanstalten an die Kanalbaubehörde für den Preis von 40 000 Mk. bezw. 20 000 Mk. Dieser Antrag fand ebenfalls die Empfehlung des Bürgerausschusses. Zur Verhandlung gelangte sodann noch der Senatstrag vom 2. Februar d. J. dahingehend, daß die Herstellung einer neuen Pumpmaschinen-Anlagen der Stadtwasserkunst nach den Plänen und Kostenanschlägen des Major Fink genehmigt und der dafür veranschlagte Kostenbetrag von 321 000 Mk. bewilligt, auch die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten ermächtigt werde, diese Summe anzuleihen und später durch eine aufzunehmende Anleihe der Stadtgemeinde Lübeck zu decken. Die am 6. Februar eingesezte Kommission des Bürgerausschusses

hatte in ihrem Berichte vom 18. März die unveränderte Senatsvorlage empfohlen. Der Bürgerausschuß schloß sich dem Antrage der Kommission an.

Konkursverfahren. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Fischhändlers und Fischhändlerers P. D. Westphal in Schlutup wird, nachdem die Schlußvertheilung erfolgt ist, aufgehoben. — In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes H. R. W. Wiedow in Lübeck wird zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters der Schlußtermin auf den 26. März 1895, Vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgerichte hier selbst, Zimmer Nr. 28, bestimmt.

Mit einer gewissen Hartnäckigkeit behauptet sich das Gerücht, daß sich zwei hiesige Kämpfer für Ordnung und Sitte duellirt haben. Der Grund zum Duell soll darin liegen, daß der eine von ihnen den anderen bei der Frau in süßem „Teufelsmehel“ betroffen hat. Das Schönste ist aber, daß der Beleidigte auch noch am schwersten verwundet ist. Der andere Duellant soll nach der Schweiz geflüchtet sein. Bisher haben Berliner Zeitungen das Duell noch nicht erwähnt.

Der Morgenzug, welcher um 8 Uhr 35 Min. in Gütin ankommen soll, erlitt gestern eine recht bedeutende Verspätung. Zwischen Glesendorf und Banzdorf versagte die Maschine plötzlich ihren Dienst. Es mußte deshalb eine andere Maschine von hier requirirt werden. Um 9 Uhr 20 Minuten kam der Zug dann endlich in Gütin an.

Verschwinden. Eine Frau hat ihre Kommode bei einem Einwohner in der Ziegelstraße stehen lassen, als sie das Krankenhaus aufsuchen mußte. Am 3. ds. Mts. ist sie nun im Krankenhaus gestorben, ohne jemals ihre Wohnung wiedergesehen zu haben. Als die Schwester der Verstorbenen den Inhalt der Kommode dieser Tage besichtigte, vermißte sie einen Kest schwarzes Kleiderzeug, 6 graue, mit rothen Streifen versehene Handtücher und 6 Löffel. Sie hegt nun Verdacht, daß die Sachen gestohlen sind und hat dieserhalb auch schon Anzeige bei der Polizei erstattet.

Verdunstet ist ein Schneidergeselle aus Reutalen. Als „Andenten“ hat er seinem Logiswirth, einem Arbeiter in der Kupferschmiedestraße, eine Logischuld von 6 Mark hinterlassen; auch hat er den Hausschlüssel mitgenommen.

Schiffahrt. Aus Hangö telegraphirt man der hiesigen Handelskammer, daß die Dampfer „Aftrea“, „Botnia“ und „Egypsh“ dort angekommen sind und daß, da das Nordwesteis abgetrieben ist, dort augenblicklich keine Schwierigkeit zum Eintommen besteht.

Der Dampfer „Deutschland“, welcher auf der Aktienfabrik einen neuen Kessel bekommen hat, verholte heute Morgen von der Aktienfabrik nach seinem Ladepflege. — Der dänische Dampfer „Fyen“ hat bereits angefangen, Baumwolle zu laden.

Öffentliche Versammlung. Im Lokale des Herrn Neumann fand am Dienstag Abend eine öffentliche Versammlung sämmtlicher Lederindustriellen und Lederarbeiter statt, mit der Tagesordnung: „Die Einführung eines Zolles auf Quebracho und alle ausländischen Gerbstoffe und dessen Wirkung auf die inländische Lederindustrie“. Das Referat hatte der Genosse von Wietersheim übernommen. Derselbe führte aus, daß der Antrag des Abgeordneten Stumm in der Lederbranche einen Entzündungssturm hervorgerufen habe. Nachdem sich die Lederindustrie in Deutschland bis zu einer verhältnißmäßig hohen Stufe emporgeschwungen habe, sei es nicht mehr möglich gewesen, den Bedarf an Gerbstoffen aus den deutschen Schälwäldungen zu decken. Man sei zunächst in die Nachbarstaaten gegangen. Als aber auch hier die Bedürfnisse nicht befriedigt werden konnten, sei man zu dem ausländischen Gerbstoff, dem Quebracho, übergegangen. Natürlich hätten sich die Industriellen nicht leicht von den alten Gewohnheiten trennen und den technischen Fortschritten folgen können. Die deutsche Lederindustrie stehe jetzt in Europa an erster Stelle. Namentlich sei es die Kofflerindustrie, welche sich zu hoher Blüthe entwickelt habe; aber auch die verwandten Berufe, wie z. B. die Schuhwaarenindustrie hätte sich auf dem Weltmarkte ein großes Absatzgebiet erworben. Ja, es sei den deutschen Schuhwaarenindustrie gelungen, die englische Konkurrenz auf dem Weltmarkte zu verdrängen. Doch sei es nicht nur die Lederindustrie und die in derselben beschäftigten Arbeiter, welche durch den Quebrachozoll getroffen würden, sondern das ganze deutsche Proletariat werde dadurch in seiner Lebenshaltung herabgedrückt. Argentinien, welches hauptsächlich das Quebracho einführt, versorge gleichzeitig Deutschland mit Weizen. Es werde nach Einführung des Zolles mit seinem Weizen fernbleiben und dadurch werde dem Volke das Brod vertheuert werden. Argentinien sei aber auch gleichzeitig ein gutes Absatzgebiet für deutsche Leder-, hauptsächlich Schuhwaaren, auch das würde uns verloren gehen. Der Antrag Stumm sei eigentlich nur ein Vorstoß zu dem jetzigen, dem Antrage des Abgeordneten von Heyl gewesen, welcher die Aenderung des Handelsvertrages mit Argentinien bezwecke. Das deutsche Volk habe aber alle Ursache gegen derartige Maßregeln, welche nur dazu beitragen könnten, die Lage des Proletariats zu verschlechtern, zu protestiren. Redner verliest sodann eine Eingabe an den Reichstagsabgeordneten für Lübeck, in welcher derselbe ersucht wird, seinen ganzen Einfluß gegen Einführung des Quebrachozolles geltend zu machen. Desgleichen wird eine Protestresolution der Lederindustriellen und endlich eine Resolution, welche von einer in Berlin stattgehabten Versammlung der in der Lederindustrie beschäftigten Arbeiter angenommen wurde, verlesen. Alle drei Resolutionen bittet der Referent zu unterschreiben. Aus der Mitte der Versammlung erklären sich einige

Redner gegen die letzte Resolution, da die Versammlung zu schwach besucht sei, um mit einer solchen Resolution einen Eindruck zu machen. Nachdem noch v. Wietersheim dem Redner erwidert hat, verweigert der Vorsitzende den übrigen Rednern das Wort. Hierauf verlassen die meisten Anwesenden den Saal.

ab. Travemünde. Wie schon gestern berichtet wurde, fuhren unsere Fischer am Montag aus, um ihre Netze auszulegen. Als dieselben dann aber wieder zurück nach hier segeln wollten, mußten sie die unangenehme Ueberfischung machen, daß der Wind die Einfahrt mit Treibeis zugeschoben hatte. Und so mußten sie denn den gefährvollen Weg zu Eise, wo sie zuweilen bis an die Kniee durchsanken, zurücklegen und ihre Boote mitziehen, um so der Gefahr, die ganze Nacht draußen bleiben zu müssen, zu entgehen. Auf diese Weise gelangten die letzten der Fischer erst um 9 Uhr am Montag Abend wieder in in ihrem Hause an.

Von der Gemeindeversammlung in Travemünde ist das bisherige Mitglied des Gemeinde-Vorstandes, Maurermeister H. J. Hohe, in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von fünf Jahren wiedergewählt worden. Die Bestätigung dieser Wahl ist durch das Stadt- und Landamt erfolgt.

Neumünster. Lex Huene. Der Landkreis Kiel hat als Ertrag aus den landwirtschaftlichen Böden für dies Jahr 36 000 Mk. budgetirt. Voraussichtlich werden es aber 17 000 Mk. mehr. Um diesen Betrag ermäßigt sich dann die Kreissteuer, die sonst 53 000 Mk. betragen muß. Seit 1889 ist hier Kreissteuer nicht erhoben. — Zum Kreisdeputirten des Landkreises Kiel (Stellvertreter des Landraths) ist Bürgermeister A. v. Neumünster erwählt worden.

Barthim. Bankrach. In der Privatwohnung des Direktors Ehlers hat man hinter einem Schranke einen Wandschrank mit Briefschaften gefunden, die sehr wichtiges Material enthalten sollen.

Oldesloe. Die hiesige Ortskrankenkasse hatte im verflossenen Rechnungsjahre eine Einnahme von 18 491 Mk. und eine Ausgabe von 18 430 Mk. Es kamen 347 Erkrankungsfälle mit 6824 Krankheitsagen vor; die Zahl der Sterbefälle betrug 16. Am 1. Jan. d. J. zählt die Kasse 1167 Mitglieder. Für ärztliche Behandlung wurden 4314 Mk. und für Heilmittel 2638 Mark verausgabt. Dem Reservefonds wurden 3700 Mk. zugeschrieben, so daß derselbe nunmehr auf 10 700 Mk. angewachsen ist.

Bremen. Arbeitslosigkeit. Zu den wieder in Angriff genommenen Erdarbeiter am Stadtwerder hatten sich nicht weniger als 1000 bis 1200 Arbeiter eingefunden. Nur 45—50 Mann war es beschieden, wenigstens für einige Zeit dem Glend der Arbeitslosigkeit entzissen zu werden, für die übrigen bedauernswerthen Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung lautet vor wie nach die Parole: Weiter hungern!

## Lübecker Stadttheater.

„Heimath“, Schauspiel in 4 Akten von H. Sudermann. Der beschränkte Raum unseres Organs gestattet uns leider nicht, auf Sudermanns reifstes Werk so einzugehen, wie wir es wohl möchten. Gerade in den gegenwärtigen Zeiten, wo der Ruf nach „Ordnung, Sitte und Religion“ mehr denn je durch die Lande hallt, wäre es notwendig, die Werke, in denen die Pharisäer-moral des Bürgerthums schonungslos bloßgelegt wird, kritisch zu beleuchten. Sudermanns „Heimath“ würde einen unerschöpflichen Brunnen abgeben. Doch wie dem auch sei: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wir beschränken uns deshalb darauf, die Leistungen der einzelnen Darsteller zu kritisiren. An erster Stelle ist Fräulein Gottschall als Magda zu nennen. Soweit wir unterrichtet sind, hat Frä. Gottschall bereits früher hier die Magda gespielt. Für sie mußte deshalb die Rolle den Reiz der Neuheit verloren, und eine größere Vertiefung Platz gegriffen haben. Und das Letztere war auch der Fall. Bis auf das Kleinste wurde Alles herausgebracht. In der Szene, wo Magda das beleidigte Muttergefühl dem Regierungsrath Keller gegenüber vertheidigt, war die Künstlerin geradezu großartig. „Sterben“ auf der Bühne kann nicht all und jeder. Gewiß, umfallen und sich „mausetodt“ stellen, das vermögen unter 1000 immer 999. Um aber einen Schlaganfall lebenswahr zu markiren, braucht man nicht allein Uebung, sondern auch Verstandniß und Können. Das Alles kommt Herrn Schöneberger, der den Oberstleutnant darstellte, in höchstem Maße zu. Die letzte Scene war ein Tiefschuß. Herr Le Seur gab den Regierungsrath von Keller. Seine Auffassung der Rolle befriedigte uns vollauf. Herr Stebert macht hundertfach weh, was er neulich im „Hamlet“ veräußert hatte. Der selbstsüchtige Pfarrer Hestertdingt war bei ihm gut aufgehoben. Frau Krüger-Rosee als Francisca von Wendlowitz ging häufig übers Ziel. Die geschätzte Künstlerin hat eine böse Angewohnheit an sich. Sie stättet einen großen Theil ihrer Rollen bei gewissen Gelegenheiten mit einem recht komischen Ellbogenstößeln sowie Ausschrei aus. Das reizt zwar einen Theil des Publikums zum Lachen, gehört aber häufig gar nicht zur Sache, so auch in „Heimath.“ Derartige „Mädchen“ sollte doch eine so rüthmte Schauspielerin wie Frau Krüger-Rosee unterlassen. Zudem wirken diese „Coups“ nachgerade langweilig. Es wäre noch so mancher der Mitspieler hervorzuheben. Wie stehen jedoch davon ab und bemerken nur noch, daß das Gesamtspiel vorzüglich klappte.

Sprechsaal.

(Dem Publikum gegenüber ohne Verantwortung.)

(Eingefandt.)

Die Lübecker Abergemeinschaft von 1885 feierte dieser Tage im Kolosseum das Fest ihres 10jährigen Bestehens.

Briefkasten.

M. C. Sitzung. Ch. G. Machen Sie Ihre Ansprüche bei der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt, Cronsforder Allee, geltend.

Neueste Nachrichten.

Wesel. Eine verheerende Dynamit-Explosion hat am Dienstag in der Nähe der holländischen Grenze auf dem Rhein furchtbares Unglück angerichtet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Frau Dietzen, Grünweg Nr. 4 b, tochter'n 39. Geburtsdag vesle Glückwünsch. Givst en' ut, denn kam id rut.

Allen Freunden und Bekannten bei unserer Abreise nach Burg a. F. ein herzlichstes Lebwohl! A. Schulz und Frau.

Nicht umsonst aber gut und billigst nur bis 29. März wegen Aufgabe des Geschäfts u. Räumung des Ladens Verkauf aller Sorten Schuhwaaren zu jedem Preise. L. Kassel Markt und Kohlmarkt.

Mit allen in seinem Fache vorkommend. Arbeiten empfiehlt sich B. Poszwinski, Maler, Wafenikauer 64.

Nur noch bis 25. März dauert der Ausverkauf in Messerwaaren bei Tesschau, Breitestr. 24

Grummesser und Wandsbecker Doppel-Kümmel eigene Doppel- u. einf. Kümmel, Num 1c. Rud. Kracht, Haßeb. Allee 40. Colonial-Waaren in nur besser Qualität, empf. zu billigsten Preisen Rud. Kracht, Haßeb. Allee 40.

explodierten 20000 Kilogramm Dynamit. Das Schiff ist völlig zerstört und ein daneben liegendes Schiff „Hoop“ in Brand gerathen.

Madrid. Die politische Krise dauert fort. Die Regierung der Bevölkerung ist im Wachsen begriffen. Die Blätter suchen Sagasta zu bestimmen, seine Entlassung zurückzunehmen und die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen.

Solingen. Fünfhundert hiesige Taschen- und Federmesser-Ausmacher sind in den Streik eingetreten. Sie verlangen Lohnregulirung.

Detmold. Fürst Wolbemar vom Duodezstaate Lippe-Detmold ist, 71 Jahre alt, gestorben.

Bermischtes.

Zum Tode verurtheilt. Das Schwurgericht in Amberg (Oberpfalz) hat eine Tagelöhnersfrau wegen Vergiftung ihres Ehemannes zum Tode verurtheilt, das zweite Todesurtheil wegen Gattenmordes in dieser Session der bairischen Schwurgerichte. Der Mord wurde schon vor 10 Jahren verübt.

ernähren zu müssen, wenn sie angezeigt wird. Erst jetzt ist ein neu in die Gegend versehter Gensda dahintergekommen.

Lübecker Getreidepreise.

Table with 2 columns: Grain type and price per 200 Pfd. Items include Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, Gelbe Hocherbsen, and Weizene.

Durch Vermittelung des Maklers Johs. Fischb. verkaufte Frau F. W. Stiehl ihr Grundstück, Kle. Gröpelgrube Nr. 4, an Herrn R. F. W. Vöttcher.

Sternshanz-Viehmarkt.

Der Schweinehandel verlief mittel. Zugeführt wurden 1190 Stck, davon vom Norden — St vom Süden — Stck. Preise: Berandtschweine schwere 44—45 F leichte 42—44 M., Sauen 38—41 M. und Ferkel 42—44 F pr. 100 Pfd.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen: Mittwoch den 20. März. 12,30 U. B. D. Kant, Wulf, von Libau in 72 Std. 12,30 U. B. D. Falte, Ehler, von Neustadt in 2 Std. 5,30 U. B. D. Palmstadt, Lundin, von Kopenhagen in 18 Std. 5,35 U. B. D. Trave, Maikahn, von Libau in 72 Std.

Abgegangen: Mittwoch, den 20. März. 12,15 U. N. D. Dana, Johannsen, nach Kopenhagen. 12,15 U. N. D. Alpha, Brinkmann, nach Malmb. 4,30 U. N. D. Luba, Lomer, nach Königsberg. Donnerstag, den 21. März. 5,— U. B. D. Najaden, Hulten, nach Kopenhagen. Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,41 WNW., schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Straßburg ist am 19. März von Baltihsport auf hier gedampft. D. Wiborg und Zmatra sind in Stite eingelaufen und setzen Reise nach Hangö fort. D. Rußland ist am 20. März in Libau angekommen. D. Europa ist am 20. März in Libau angekommen. D. Panja ist am 20. März in Libau angekommen.

Stehr's Etablissement

Sonntag den 24. März, Abends 8 Uhr: Vorträge des berühmten Recitators E. Baldinger aus Fritz Reuter's und Daniel Bartels' plattdeutschen Dichtungen. Eintrittspreis 25 Pfg. Karten sind vorher zu haben in der Exped. des Lüb. Volksboten, bei Herrn Wittfoot, Häßstr. 18, bei Herrn Lecke, Leberstr. 3, bei Herrn Stoffers, Deponau 27, sowie bei Herrn Stehr, Wallstr. 36.

Frische Butter, Pfd. 90 und 100 Pf. Backbutter, Pfd. 70 und 80 Pf. Beste Margarine, Pfd. 70 Pf., 2 Pfd. 135 Pf. zweite Sorte Pfd. 65 Pf., 2 Pfd. 125 Pf. Schmalz, Pfd. 55 Pf., in Eimern von 20 Pfd. 47 Pf., Griebenschmalz, Pfd. 60 Pf. Sieigen fetten Speck, Pfd. 70 Pf., durchwachsen, Pfd. 65 und 75 Pf. Amerikanischen Speck, Pfd. 60 Pf., in ganzen Seiten und fetten Rücken Pfd. 55 Pf. Geräuch. Landmettwurst, Pfd. 80 u. 100 Pf. empf. J. F. D. Götke, Kupferhammerstr. 7.

25 Reich Marlesgrube 25 Materialien sauber gearbeiteter Möbel, Spiegel und Polsterwaaren. Große Auswahl. Mäßige Preise. Ganze Aussteuer v. 125 Mk. an Complete Zimmereinrichtungen in eleganter Ausführung zu allen Preisen stets in großer Auswahl vorräthig. Ansicht gerne gestattet.

25 Carl Folckers 25 Marlesgrube 25 Möbel-Magazin. Für dauerhafte Arbeit leiste völlige Garantie.

Schönes Braten-Schmalz Pfund 40 Pfg. Aug. Scheere Holstenstraße 27.

Leere eichene Farbtonnen sind billig abzugeben. Exped. des Lübecker Volksboten. Zwei Zugänger zu verkaufen Haßeburger Allee 47. Zu verkaufen billig ein Paar neue Damen-Zugstiefel, auch für eine Confirmantin passend. Emilienstraße 6, Holstenthor.

Ein Stall zu verkaufen. H. Häsel, Schwartau. Zum 1. Mai ein Mädchen, das Ostern die Schule verläßt, für den ganzen Tag. Marlesgrube 10.

Zum 1. April eine kl. Wohnung zu vermieten. Langer Lohberg Nr. 28.

Sofort ein gut möbl. Zimmer zu vermieten. Langer Lohberg 43, 1. Etage.

Ein freundliches Logis, frauenwärts, zu vermieten. Weberstraße 30.

Gesucht zu sofort oder 1. April eine Part.-Wohnung oder kleinen Laden in einer belebten Gegend. Off. unt. J N an die Exp. d. Bl. erb.

Gesucht zum 1. Juli eine kleine Wohnung vor dem Burghor für zwei einzelne Personen. Offerten unter V 36 an die Exped. d. Bl.

Achtung! Außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Banarbeiter u. Berufsgenossen Deutschlands (Zahlstelle Lübeck) am Freitag den 22. März 1895 Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Lecke. Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung vom Gewerkschafts-Kartell. 2. Stellungnahme zur Kaiserfeier. 3. Innere Vereins-Angelegenheiten. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist nothwendig. Die Ortsverwaltung.

Quartett-Verein „Amicitia.“ Gesellschafts-Abend am Sonntag den 24. März im Lokale des Herrn Frhm (Concordiagarten) Anfang 7 Uhr. — Einführung gestattet. Karten sind vorher zu haben bei J. Jäger, Deponau 3, H. Voss, Kl. Altesähre 7 und beim Vorstand. Der Vorstand. NB. Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.

Öffentliche Versammlung

der Flusschiffer und verw. Berufsgenossen am Sonntag den 24. März 1895, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Stoffers, Deponau 27. Tages-Ordnung: 1. Gründung eines Vereins. (Ref.: Th. Varte). 2. Diskussion und Wahlen. Der Einberufer

Einsegel.

Freitag den 22. März: Benefiz-Ball der Bedienung verbunden mit Kappenfest Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr. Entree 60 Pf. Hierzu ladet freundlichst ein Die Bedienung: L. Buck.

Einladung

zu dem am Freitag den 22. März 1895 im „Berliner Hof“ stattfindenden Brauer-Kränzchen Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr. Eintritt 60 Pfg. Das Comité

Stadttheater in Lübeck

Freitag den 22. März: 118. Abonnements-Vorstellung. 5. Serie: Ge (Freitag-Abonnement Nr. 17.) Anfang 6 1/2 Uhr. Opernpreise. Zum 1. Male im Abonnement: Die Meistersinger von Nürnberg.

Sonnabend den 23. März: Ausser Abonnement. Anfang 7 Uhr. Opernpreise. Erstes Gastspiel von Herrn Otto Sommerstorff u. Frau Teresina Sommerstorff-Gessn vom Berliner Theater.

Der Pfarrer von Kirchfeld. Volksstück mit Gesang in 4 Akten v. Angenrath Hell, Pfarrer von Kirchfeld — Otto Sommerstorff, Anna Birnhaier — Teresina Sommerstorff-Gessn als Gäste.

## Politische Rundschau. Deutschland.

Der zwanzig Millionen Reichspump des Abgeordneten Mendel (Gewährung von Staatskredit an landwirtschaftliche Genossenschaften zu 2 1/2 Prozent Zinsen) stößt nach der „Post“ bei der Regierung auf sehr großen Widerstand wegen des Zinsfußes. In den Zeiten geschäftlicher Depression würde ein so niedrig bemessener Zinsfuß der Spekulation großen Vorschub leisten.

Der deutsche Botschafter in Petersburg, General v. Werder, tritt nach einer offiziellen Meldung von seinem Posten zurück. Ueber seinen Nachfolger ist noch nichts bekannt. — Die „Pöln. Btg.“ nennt als Botschafter-Kandidaten den Grafen Herbert Bismarck und den Grafen Alvensleben. Da Herbert Bismarck bereits früher seine Unfähigkeit als Diplomat bewiesen hat, so dürfte wohl seine Person außer Frage stehen. Allerdings ist bei „Gott“ kein Ding unmöglich.

Das Strafverfahren, welches der bekannte Reuß gegen die „Freisinnige Zeitung“ und den „Vorwärts“ veranlaßt hat, scheint zu umfangreichen Erhebungen über das Hochverbrechen führen zu sollen. Wie „B.-Btg.“ hört, wird von Seiten der Verteidigung (Justizrat Wunkel und Rechtsanwalt Heine) in London in dortigen Anarchistkreisen eine eingehende Erhebung über die Thätigkeit, die seiner Zeit Herr Reuß entwickelt hat, angestellt. Der Termin zur Hauptverhandlung wird so bald noch nicht stattfinden; vorläufig ist der Verteidigung eine Erklärungs-Nachfrist bis Mitte April gewährt worden.

Arbeitsamt. Das Gemeindefolkollegium in München hat in die Statuten des Arbeitsamts den vom Magistrat abgelehnten Streit-Paragraphe wieder eingefügt. Danach soll im Falle eines Streikes die Kommission beschließen, ob die Thätigkeit des Arbeitsamtes für das vom Streit betroffene Geschäft oder den Geschäftszweig fortgeführt werden soll. Zur Debatte steht noch folgender, von sozialdemokratischer Seite neu beantragter Paragraph: „Ist eine Arbeitseinstellung oder Arbeitsentlassung nach glaubhaft gemachter Anzeige eine Folge unsittlicher Angriffe oder Zumuthungen eines Arbeitgebers, eines Familiengliedes oder Stellvertreters desselben, so hat das Arbeitsamt sofort seine Thätigkeit für die betr. Arbeitsstelle einzustellen. Die Kommission hat dann in kürzester Frist nach Anhörung der Beteiligten sowie etwaiger Zeugen über Aufheben oder Fortbestehen der Sperre Beschluß zu fassen.“

### Italien.

Ein schreiender Fall von Verfolgungssucht gegen die Sozialisten Italiens und zugleich von brutaler Gesetzwillkür Crispi's und seiner Hente beginnt in den Zeitungen von sich reden zu machen. In Guastalla, in der Provinz Emilia, dem Wahlorte des Abg. Prampolini — schon deshalb dem Diktator verhaßt — wirkte an der Volk- und Mittelschule der Lehrer Eurico Salfi, angesehen bei allen Bewohnern und besonders geliebt von den Schülern und deren Eltern. Durch Vorträge Prampolini's für den Sozialismus gewonnen, hatte er sich in die Liste der Partei von Guastalla als Mitglied einschreiben lassen; öffentliche Agitationsreden hat er nie gehalten. Nach

Einrichtung der Kommission für den Zwangswohnsitz in Reggio war er vor sechs Wochen zugleich mit einem Freunde, dem Geschäftsbeamten Berretti, nach Reggio vorgeladen worden unter der „Anschuldigung“ die gegenwärtige bestehende soziale Ordnung zu verändern.“ Aber selbst die Kommission in Reggio fand die Anklage, die durch Denunziation direkt aus Rom gekommen war, zu absurd und sprach die beiden frei. Inzwischen hat Crispi eine sogenannte Revisionskammer für die Urtheile sämtlicher provinziellen Zwangskommissionen in Rom selbst eingerichtet — man nennt sie bereits die Inquisitionskammer — natürlich ohne jede Gesetzesunterlage; denn der berühmte § 5 des Schandgesetzes spricht nur von den Zwangskommissionen in den Provinzen. Diese Geheimjustiz Crispi's hat das freisprechende Urtheil von Reggio verworfen und die beiden Angeklagten zu je zwei Jahren Zwangswohnsitz in der verschärfsten Form verurtheilt, nämlich zur Zwangsarbeit in der berühmtesten Würdigergrube Porto Ercole, dessen Direktor — eine ausgesuchte Kreatur Crispi's, man denke, er ist ein Senator — soeben wegen grausamer Behandlung der Gefangenen hat abgesetzt werden müssen. Porto Ercole ist der Ort, wo in der ersten blinden Angst und Wuth nach dem Attentat Caserio's aus allen Provinzen viele Hunderte von Land- und Stadtarbeitern als Anarchisten aufgegriffen und internirt wurden, und von dort werden Nachrichten gemeldet, die lebendig an die russischen Gefängnisse erinnern. Kurz und gut, auf telegraphische Weisung aus Rom wurde in Guastalla der Lehrer Salfi und der Beamte Berretti am 6 März Nachts durch Karabinieri aus den Betten geholt, von ihren jammernden Frauen und Kindern gerissen und thatsächlich nach Porto Ercole abgeführt. Am Bahnhofe wurden ihnen Handschellen und Ketten angelegt. Prampolini, der im Norden weilt, will nach Rom gehen, um zur Aufhebung dieser neuesten Justizschandthat Crispi's und zur Befreiung der Willkür-opfer zu wirken.

Gleichfalls in der Provinz Emilia, in dem Orte Boganzu, ist soeben ein einundstiebenzigjähriger Greis, Francesco Cortesi mit Namen, einer von den berühmten Tausend, die mit Garibaldi zusammen den Zug nach Marsala mitmachten, wegen Theilnahme an sozialistischer Bewegung zu neun Monaten einfachem Zwangswohnsitz verurtheilt worden. Er schreibt in einem Briefe an die „Giustizia“ in Reggio Emilia: Ich erinnere mich noch, wie vor 36 Jahren die Kroaten uns gequält und verfolgt haben, aber heute sind es nicht mehr die Fremden, heute werden wir gemartert von Italienern, von den Schirren des Renegaten Crispi, im Namen des Königs Umberto von Savoyen.

### Belgien.

Brüsseler Blätter theilen mit, daß die Androhung des Generalausstandes im Lande bereits ungeheuren Schaden verursacht hat. Es sind bisher für mehrere Millionen Franks Bestellungen bei den Kohlen-Bergwerken zurückgezogen worden und deutschen Kohlen-Bergwerken überwiesen. — Ob die Regierung das allgemeine Gemeindevahlrecht nun geben wird?

## Lübeck und Umgegend.

21. März.  
Testamentsverlesungen. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts, Abth. I, sind verlesen worden: 1. Das

Testament des in Travemünde verstorbenen Privatiers Weinreich vom 30. März 1894. 2. Das Testament der hieselbst verstorbenen, unverheiratheten Bruhns vom 3. Februar 1885. 3. Das gegenseitige Testament des zu Hollenbeck verstorbenen Dreiviertelhufners Meins und seiner Ehefrau geb. Schmaljohann vom 8. Februar 1884. 4. Das Testament der hieselbst verstorbenen, unverheiratheten Lange vom 20. Januar 1894. 5. Das Testament des hieselbst verstorbenen Gerichtsschreibers Fick vom 1. März 1891.

Ein Ausschuss zur Bekämpfung der Umsturzvorlage hat sich in Berlin gebildet und ersucht uns um Abdruck folgender Zeilen: „Nachdem von Gelehrten, Künstlern und Männern des öffentlichen Lebens schon vor Wochen ein Aufruf zum Kampf gegen die Umsturzvorlage erlassen worden ist, nachdem in den letzten Tagen in einer glänzenden Versammlung zu Leipzig fast alle Lehrer der dortigen Universität Einspruch gegen die Anebelung des geistigen und öffentlichen Lebens unserer Nation erhoben haben, ist es an der Zeit, die Agitation gegen die Vorlage in weitere Kreise hinauszutragen. Der Berliner Ausschuss zur Bekämpfung der Umsturzvorlage“ beabsichtigt im ganzen Reich öffentliche Sammelstellen zum Unterzeichnen der Gothaischen Petition gegen die Vorlage zu errichten, und fordert Alle, die bereit sind, ihn dabei zu unterstützen, insbesondere selbst Zeichenstellen einzurichten, auf, sich sofort mit seiner Geschäftsstelle (Dr. Giese, Berlin, Kurfürstenstraße 118) in Verbindung zu setzen. Die Petitionshefte für öffentliche Zeichenstellen (mit Plakaten zum Aushängen) sowie einzelne Petitionsbogen werden von der Geschäftsstelle Allen, welche es wünschen, umgehend übersendet. Die Petition ist so abgefaßt, daß sie von den Anhängern aller Parteien unterschrieben werden kann, nicht minder auch von denen, die nach alten Begriffen parteilos, neben nationaler Gesinnung den freiheitlichen politischen Geist einer neuen Zeit vertreten. Neben der Einrichtung öffentlicher Zeichenstellen wäre die Bildung von Lokalauslässen zur Bekämpfung der Vorlage erwünscht, deren Aufgabe es dann sein würde, die Zeichenstellen in Buchhandlungen, besseren Kaffee- und Speisehäusern und Läden einzurichten und zu überwachen, und auch sonst noch den Kampf zu organisiren, zum Beispiel durch Veranstaltung von Versammlungen.“ — Zugleich hat man uns ein Petitionsheft zugesandt. Da es unsere Sache nicht ist, zu petitioniren — wir pfeifen auf das ganze Gesetz! — so ersuchen wir diejenigen, die das Bedürfnis haben, die Petition zu unterschreiben oder Unterschriften zu sammeln, sich von uns das Heft abzuholen. Wir glauben, daß unser Wunsch umsomehr berücksichtigt werden wird, als sich bisher in den hiesigen Kreisen des Bürgerthums noch keine einzige Hand gekührt hat, um gegen die Vorlage zu opponiren!

Schöffengericht. Sitzung vom 19. März. Ein Paar Schuhe stahl der Knecht W. seinem Logiswirth. Außerdem ließ er bei einem Zigarrenhändler, bei welchem er bestellte, eine Kiste Zigarren mitgehen. Er wurde wegen der beiden Diebstähle mit 6 Wochen Gefängnis und wegen Bettelns mit 3 Wochen Haft bestraft. — Von der Anklage der Unterschlagung wurde die Dienstmagd A. freigesprochen. Sie war angeklagt, ein ihrer Herrschaft gehöriges Pfund Butter verkauft zu haben. Aus der Verhandlung ging jedoch hervor, daß

## Jolly Morrison.

Roman von Frank Barrett.  
Autorisirte Uebersetzung von A. Geisel.

(27. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

### 18. Kapitel.

Unter der Menschenmenge, welche schon lange vor Eröffnung der Galleriekasse des Revity-Theaters sich auf den Stufen und auf dem freien Platz vor demselben drängte, befand sich ein Mann, der das Mißfallen seiner Umgebung erregte, nicht sowohl durch irgend eine Kundgebung, denn er verharrte durchaus ruhig auf seinem Platz, als vielmehr durch sein Aeußeres, indem er in seiner ganzen Verwahrlosung mitten unter ihnen stand.

Der Mann mochte die Sechzig überschritten haben, sein Rücken war gekrümmt, seine Schultern hochemporgezogen und sein dicker Kopf saß so, daß er einen rechten Winkel mit dem Rückgrat bildete. Als der Mann seinen Filzhut abnahm, um das Wasser, welches sich in Folge des heftigen Regens auf dem breiten Rande gesammelt hatte, ablaufen zu lassen, ward das Bild noch abschreckender, denn der Kopf ward nicht nur kahl geschoren, sondern allem Anschein nach rasirt worden und die weißen Stoppeln, welche hier und da die platte Schädelfläche bedeckten, ließen die gelbe Kopfhaut häßlich hervortreten, während das Gesicht wie der kurze Anfaß des Halses verhältnismäßig noch mehr weiße Stoppeln aufwies als der Kopf. Der untere Kiefer hing wie gelähmt herab und die wulstigen Lippen ließen noch einen einzigen, in dem Oberkiefer steckenden Zahn sehen. Die Augenlider waren dunkelroth, die Augen tief eingesunken; Iris und Pupille ließen sich nicht unterscheiden,

sondern erschienen nur als ein blutunterlaufener Fleck. Der blöde Ausdruck der Augen wie der offene Mund ließen den alten wie einen Idioten erscheinen. Seine hornigen schwielenbedeckten Hände ruhig zu halten, schien ihm unmöglich zu sein. Von Zeit zu Zeit erschütterte ein kurzer trockener Husten die ganze Gestalt und nach jedem solchen Anfall griff der Alte zuerst besorgt nach seinem Zahn und dann nach einer flachen kleinen Num-flasche, welche in der Brusttasche seiner langen Jacke steckte — offenbar waren die Flasche und der Zahn seine kostbarsten Besitzthümer.

Die Kleidung des Alten ließ vermuthen, daß er im Sialle zu thun hatte, der von ihm ausgehende, scharf ammoniakhaltige Geruch bestätigte die Vermuthung. Vermöge seines abstoßenden Aeußeren drang der Alte fast ohne Mühe bis zur obersten Treppenstufe der Galleriekasse vor; jeder scheute sich ihm nahezu kommen und jede Gesichtsverzerrung, jeder Ruck an seinem Zahn und jeder Hustenanfall schaffte ihm aufs neue Platz.

„Die Polizei sollte einen solchen Kerl in einem Theater nicht dulden!“ — brummte Einer aus der Menge.

„Er kommt gewiß direkt aus dem Zuchthaus — dort rasirt man den Leuten die Köpfe.“

„S ist eine Schande, daß man solche Burschen herumlaufen läßt, um die Leute zu schrecken.“

Unaufhörlich schlugen derartige Bemerkungen der Menge an das Ohr des Mannes, aber es focht ihn nicht an. Er war längst daran gewöhnt, den Leuten Widerwillen einzufößen und fand seine Rechnung dabei, denn er kam stets rascher vorwärts. Als die Thüren geöffnet wurden, stand der Mann in der vordersten Reihe und nur wenige Personen gelangten vor ihm an die Kasse.

„Habt Ihr das Geld für Euer Billet abgezählt parat?“ fragte der Hütermann des Alten, offenbar befürchtend,

derselbe möchte an der Kasse einen Aufenthalt verursachen. „Das verlangt man hier.“

Der Alte nickte und mit der Rechten die Flasche umklammernd, wies er in der Linken den Schilling vor.

„Hab's gespart,“ sagte er dann, während er blödsinnig lachte, „hab's in der Tasche gehabt, als sie mich ins Spital brachten, und als sie mich entließen, steckte das Geldstück noch in meinem Rock.“

Die Nächsten wichen zurück, als sie vom Spital hörten; der Alte strich mit der Hand über seinen kahlen Schädel und brummte befriedigt:

„Sind brave Leute im Spital — und gar nicht knickerig, haben mir auch nicht ein Mal das Nasiren berechnet!“

Einzelne lachten, die Mehrzahl der Zuhörer indes empfand einen gelinden Schauer vor dem Alten. Sobald dieser wahrnahm, daß man auf seine Worte achtete, fuhr er lebhafter, mit pfeifendem Athem fort:

„Bin fünf Wochen im Spital gewesen — hier die Flasche hat mich hineingebracht!“ dabei wies er auf seine Brusttasche und indem er weiter sprach, wurde seine Stimme immer lauter, um sich verständlich zu machen. „Ich konnt's nicht ändern, ich mußte trinken, denn ich wurde verfolgt, und wissen Sie von was? Von todtten Hasen und von todtten Kindern — ach, es war schlimm! Und dann kam auch noch die todtte Frau. Ich sag's Euch Allen — hütet Euch vor todtten Hasen und vor todtten Kindern! Aber trinkt um Gottes willen nicht — für eine Stunde hülft's wohl und man vergißt seinen Kummer, aber dann ist's um so schlimmer, und wenn die vielen todtten Hasen kommen, muß man ins Spital! Ich probier's jetzt, ob ich's wieder lassen kann, deshalb gehe ich ins Theater — und wenn ich was schönes sehe, meint der Doktor, vergesse ich's Trinken. Der eine Jase

Ihr die Butter zum eigenen Gebrauch übergeben war. — Seinem Nebenrecht stahl der Knecht Schw. ein Paar Schuhe und verkaufte sie für 7 Mk. Er hat seine Unredlichkeit mit 3 Wochen Gefängnis zu büßen. — In seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher glaubte sich der Gutsherr E. berechtigt, in der Nacht vom 12. zum 13. Februar die nächtliche Ruhe stören zu dürfen. Außerdem beleidigte er den ihn stützenden Schutzmann. Er wird wegen Ruhestörung in eine Geldstrafe von 5 Mk. ev. 1 Tag Haft, wegen Beleidigung in eine Geldstrafe von 50 Mk. ev. 6 Tage Gefängnis verurtheilt. — Des Diebstahls bezw. Fehlerei sind der Verkäufer St. und der Maler N. angeklagt. St. hat in seiner Eigenschaft als Verwalter einer Filiale des Kaufmanns V. dem Maler N. 20 Zigarren sowie einen Schluphalter gegeben. St. war berechtigt, an gute Kunden Zigarren als Zugabe zu verabfolgen. Da N. kein Kunde, sondern nur ein Freund des St. war, verurtheilt das Gericht beide Angeklagte wegen Diebstahls bezw. Fehlerei zu je einem Tage Gefängnis. — Wegen Uebertretung des Gesetzes, betreffend das Wandergewerbe, hatte sich der Wagenfabrikant S. aus Nageburg zu verantworten. S. hatte hier auf dem Neuteufel ein Musterlager von Wagen und Schlitten errichtet, in einer diesbezüglichen Annonce aber die Wagen ev. zum Verkauf angeboten. Er hatte auch einen Wagen verkauft. Da aber aus der Verhandlung hervorging, daß der verkaufte Wagen nicht der zur Schau ausgestellte war, mußte der Angeklagte freigesprochen werden. — Eine silberne Zylinderuhr entwendete der Kellner K. seinem Freunde, dem Sohne der Wittve B., und versetzte die Uhr für 3 Mk. Er wird für diesen groben Vertrauensbruch mit 3 Tagen Gefängnis bestraft. — Die Noth trieb den Arbeiter Pr. dazu, sich an fremdem Eigenthum zu vergreifen. Er entwendete der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft ca. 50 Pfund Steinkohlenbriquets. Er hat diese „That“ mit einem Tage Gefängnis zu büßen. — 5 Taschentücher im Werthe von 1,50 Mk. und eine Notiztasche im Werthe von 50 Pf. soll die Dienstmagd G. ihrer Herrschaft gestohlen haben. Außerdem wird ihr zur Last gelegt, 22 Pf., welche ihr zum Einkauf von Seife übergeben waren, unterschlagen zu haben. Die Taschentücher will die Angeklagte bei der Wäsche aus Versehen zu ihren eigenen gelegt haben. Die Notiztasche will sie für wertlos gehalten haben. Für die 22 Pf. habe sie andere, im Hausstand nöthige Sachen gekauft. Das Gericht hält die Angeklagte nur des Diebstahls der Notiztasche überführt und verurtheilt sie wegen desselben zu einem Tage Gefängnis. — Eine gewiegte Hochstaplerin scheint die Ehefrau Sch. zu sein. Sie war verdächtig, sich eines Betruges, dreier Betrugsversuche und einer Unterschlagung schuldig gemacht zu haben. Den Besitzer des „Bahnhofshotels“ St. betrog sie um 47,25 Mark, indem sie 10 Tage bei ihm in voller Pension wohnte und dann, ohne zu bezahlen, auszog. Nachträglich schrieb sie an St. einen Brief, worin sie ihn bat, ihr die Schuld bis zum Dezember zu kreditiren, da sie dann von ihrem Vater Geld bekomme. Die Schuld wurde aber bis jetzt nicht abgetragen. Eines Betrugsversuches machte sie sich gegenüber dem Tischlermeister M. schuldig. Hier wollte sie eine Zimmer-

einrichtung für 600 Mark mietzen und später kaufen. Sie berief sich hier auf das Zeugniß eines hiesigen Weinhändlers und einer hiesigen Schriftstellerin, mit denen sie sehr gut bekannt sei. Ferner gab sie an, ein Einkommen von 4500 Mark zu haben. Hieron müsse sie für ihren Mann, der im Irrenhause sei, jährlich tausend Mark bezahlen. Ihre in Italien befindliche Tochter erhalte ebenfalls tausend Mark. Sie beabsichtige, sich hier als Sprachlehrerin zu etabliren und wolle daher die Möbel etwa 3 Monate mietzen. Bis dahin sei sie durch das aus ihrem Vermögen zu erwartende Einkommen im Stande, die Möbel zu bezahlen. Der Zeuge M. hat sich bei den Personen, auf welche sich die Sch. berufen, erkundigt und erfahren, daß diese mit derselben durchaus nicht bekannt sind. Deshalb verzichtete er lieber auf das zweifelhafte Geschäft. Den Tischlermeister W. versuchte sie in ähnlicher Weise zu betrügen. Hier gab sie sich ebenfalls als Sprachlehrerin aus, bestellte aber bei ihm eine Labeneinrichtung für eine Niederlage der St. Jürgen-Dampfbäckerei, welche sie in einem Hause in der Beckergrube anlegen wollte. Bei W. verpflichtete sie sich zu dreimaliger Ratenzahlung. Auch hier gab sie an, durch Sprachunterricht ein wöchentliches Einkommen von 30 bis 40 Mark zu haben, auch sei sie für die von Merseburg eine Kiste mit Silberzeug unterwegs. Die ganze Sache mit der Filiale beruhte ebenfalls auf Schwindel und mußte W. die angefertigten Sachen mit Schaden anderweitig verkaufen. In ähnlicher Weise, wie mitgetheilt, bestellte sie in dem Confectionsgeschäft von H. eine Robe. Auch hier wurde, nachdem die betrügerische Absicht bemerkt war, die allerdings schon angefertigte Robe nicht ausgeliefert. Endlich versetzte die Angeklagte ein von einer Pianoforte-Handlung gemiethtes Klavier. Diese Unterschlagung giebt sie zu, im Uebrigen aber befreit sie alle Fälle. Sie will von einer Russin, deren Gesellschafterin sie gewesen sei, noch 4500 Mk. zu fordern haben; außerdem behauptet sie, daß ihr Mann, welcher im Irrenhause sei, ihr eine Monatsrente zu zahlen habe, während sie dem Tischlermeister M. gegenüber geäußert hatte, daß sie für ihren Mann jährlich 1000 Mk. bezahlen müsse. Vom Zeugen M. wird noch hervorgehoben, daß die Angeklagte am Tage vor der Verhandlung bei ihm gewesen sei und versucht habe, ihm in Bezug auf seine Aussage zu beeinflussen. Das Gericht hält die Angeklagte sowohl des Betruges wie auch der sämmtlichen Betrugsversuche für überführt und verurtheilt sie wegen derselben mit Einschluß zugestandener Unterschlagung zu einer Gesamtstrafe von 3 Monaten Gefängnis.

### Verammlung der Bürgerschaft.

(Schluß.)  
B.-M. Gußmann glaubt, daß sowohl Lange wie auch Posch in ihrer Eigenschaft als Vorsitzender bezw. Vice-Vorsitzender des Ausschusses zu viel im Interesse der Ausstellung gesprochen hätten. Man habe jedoch in der Verammlung der Bürgerschaft das Interesse der Bürger zu vertreten. Es könnten tagtäglich Neuerungen auf dem Gebiete der Elektrizität eingeführt werden und daher sei es ein Fehler, sich so lange zu binden. Er sei gegen die Verlängerung der Concession, und bitte selbst auf die Gefahr hin, daß die Vorlage falle, den diesbezüglichen Passus zu streichen.  
Senator Dr. Brehmer ist ebenfalls der Ansicht, daß es sich bei der Vorlage weniger um das Interesse der Ausstellung, sondern in erster Linie um das Interesse der Stadt handle.

war so schrecklich groß — fast größer als ich selber bin, und dann kamen noch die vielen kleinen Kinder — ha!“  
„Herr Gott, — so haltet doch endlich den Schnabel, alter Sünder“, schrie eine rauhe Stimme, „wir sind hier um uns ein Vergnügen zu machen, nicht um Euer Gewäsch anzuhören.“

„Ganz recht — ich will auch Vergnügen haben“, nickte der Alte; „ich will lachen und alles vergessen! Hier giebt's doch keine todten Hasen und keine todten kleinen Kinder?“

Nachdem der Alte an der Kasse sein Billet erhalten, folgte er dem Menschenstrom auf die Gallerie. Oben angelangt, nahm er in der vordersten Reihe Platz und schaute über die eiserne Brüstung lehnd, blickte er hinab ins Parterre. Sein Platz gefiel ihm sehr gut; er saß ziemlich in der Mitte, der Bühne gegenüber und das hellerleuchtete, bis auf den letzten Platz gefüllte Haus erregte seine Befriedigung.

Ein unglücklicher Zufall ließ den Mann, welcher sich so abfällig über die Redseligkeit des Alten geäußert, seinen Platz neben dem Letzteren finden und als er es bemerkte, war es zu spät zu einer Aenderung, Hoffend, der Alte werde ihn nicht bemerken, noch wiedererkennen, verhielt er sich ganz still. Aber seine Hoffnung trog ihn; der Alte betrachtete ihn ein Weilchen aufmerksam, dann legte er seine Hand auf des andern Schulter und sagte grinsend:

„Schön, daß Ihr auch da seid. Und ich weiß jetzt auch, was ich thue, wenn die Hasen doch kommen — ich springe über die Brüstung hinüber und die dummen Thiere haben das Nachsehen!“

Zu diesem Moment ward ein Schutzmann sichtbar, der Nachbar des Alten rief ihn und beklagte sich über das störende Betragen des Mannes.

„Ihr müßt Euch ruhig verhalten, Alter, oder hinaus gehen“, wies ihn der Polizist barsch.

„Schön, recht, werde mir's merken, Schutzmann, entgegen der Alte; dann in persönlichem Ton, sagte er dann zu seinem beleidigten Nachbar: „Ich mache die Augen zu, wenn die todten Hasen und die Kleinen kommen!“

Er nahm seinen Hut ab, schob ihn unter den Sitz kreuze beide Arme vor sich auf der Brüstung, legte

seinen Kopf auf das improvisirte Kissen. Zu seiner eigenen wie zur Erleichterung seiner Nachbarn schlief er bald fest ein und erst als das erste Stück beendet war und die Curleske begann, erwachte er wieder und sah sich verwundert um. Das Schauspiel befremdete ihn für eine Weile, erst allmählich gewöhnte er sich an dasselbe. Klatschten die Leute, so that er es ebenfalls, und sonst verhielt er sich ganz ruhig und anständig, bis Folly auf der Bühne erschien.

Raum hatte er ihre Stimme vernommen, als er unruhig wurde; er horchte auf und sein Athem schien zu froden, Um die Darstellerin genau sehen zu können, erhob er sich und beugte sich über die Brüstung der Gallerie.

„Niederstehen!“ erscholl es von der Hinterbank.

Gehorsam setzte der alte Mann sich wieder auf seinen Platz. Wie gebannt auf die Bühne blickend, umklammerten seine Finger mechanisch die Eisenstäbe der Brüstung. Folly trat in den Vordergrund und der Nachbar des Alten, der ihn unwillkürlich beobachtete, sagte behutend einen Satz zuspitzend desselben — offenbar befürchtend, der Arme möchte hinab ins Parterre springen — seine Augen glänzten so seltsam!

Jetzt begann Folly mit glöcklicher Stimme zu singen, der Alte sprang wieder auf und startete wie geistesabwesend hinunter nach dem Mädchen.

„Wollt Ihr Euch setzen, alter Narr!“ sagte einer aus der Hinterreihe, indem er ihn zornig am Arm faßte und niederzog.

„Nur ein Wort!“ stöhnte der Alte, „ist sie todt oder nicht?“

„Todt? Ob die lebt! Es ist ja Folly! Wenn Ihr sie nachher in nächster Nähe sehen wollt, stellt Euch an die Ausgangsthür der Bühne und —“

Wenige Minuten später machte der Alte sich auf und bahnte sich den Weg zur Galleriethür. Binnen Kurzem war er durch diese verschwunden. Niemand trauerte über sein Weggehen.

(Fortsetzung folgt.)

### Litterarisches.

Der wahre Jakob Nr. 226 ist in sehr geschmackvoller Ausführung erschienen. Die Beilage enthält ein vorzüglich ausgeführtes Bild von Ferdinand Freiligrath.

B.-M. Moll bittet, die Vorlage abzulehnen. Er habe sich der Nähe unterzogen, die verschiedenen Wege zum Ausstellungsplatz auszumessen. Neben jeder ein Bild über die Länge und die Zeitdauer, in welcher die verschiedenen Wege zu passieren sind. Er sei der Meinung, daß die elektrische Bahn nicht im Stande sein werde, den Verkehr zu bewältigen. Durch die hier vorhandenen Droschken könnten in einer Stunde 800 Personen befördert werden. Die Bahn dagegen werde in derselben Zeit nur 600 Personen befördern können. Auch die Beförderungszeit werde sich in beiden Fällen gleich bleiben. Außerdem könne man doch aber, wenn hier keine Fuhrunternehmer, die in geeigneter Weise für die Verbindung sorgen wollten, vorhanden sind, sich verständigweise an auswärtige Unternehmer wenden.

B.-M. Evers ist der Meinung, daß nicht ein einziger Ausstellungsbesucher diese darum verläumen werde, weil er nicht mit der elektrischen Bahn fahren könne.

B.-M. Generalkonsul Petiti bedauert, daß sich die Bürgerschaft in einer derartigen Zwangslage befinde. Er sei mit allen übrigen Punkten einverstanden, nur mit der Verlängerung der Concession nicht.

Senator Dr. Brehmer erwidert, daß in neuerer Zeit von Seiten der Gesellschaft mit einer ganzen Reihe von Städteverträge abgeschlossen seien. Hier sei fast überall eine 40jährige in einigen Fällen sogar 50jährige Concession erteilt worden. In Bezug auf die Verbesserungen werde die Gesellschaft solche, wenn sie praktisch und brauchbar seien, von selbst, in ihrem eigenen Interesse einführen.

B.-M. Brecht führt an, daß das Vorgehen der Gesellschaft wohl zu begreifen sei. Sie habe ständig eine Konkurrenz zu erwarten und müsse daher bestrebt sein, sich die Concession so lange wie möglich zu sichern. Er glaubt auch nicht, daß sich andere Gesellschaften finden würden, die bereit wären, eine solche Verbindung herzustellen. Wenn von Omnibussen und Droschken gesprochen und dabei auf Berlin und Hamburg verwiesen sei, so habe man die Steigungen, mit denen wir zu rechnen hätten, nicht in Betracht gezogen. Er bitte der Vorlage ohne Einschränkung zuzustimmen.

B.-M. Lange verwahrt sich dagegen, daß er als Vorsitzender des Ausschusses die Ausstellung zu sehr hervorgehoben habe. Er habe im Interesse seiner Vaterstadt gesprochen; aber auch diese habe an der Ausstellung ein großes Interesse. Die Bahn sei für die Ausstellung ein Lebensbedürfnis. Auch sei es ganz richtig, wie das vom Herrn Senatskommission schon hervorgehoben sei, daß das Ausschusskomitee erst als letztes Glied bei den Verhandlungen beigetreten sei. Die Verhandlungen hätten eben in der Weise verbunden werden müssen, da man das Schienennmaterial, welches man für die Ausstellungsbahn verwenden wolle, später für die Israelsdorfer Allee wieder verwerten müsse.

Senator Dr. Rittich konstatiert, daß die Gesellschaft in der That die Bahn gar nicht gern nach Marly hinauslegen wollte. Sie sei nur auf Projekt eingegangen, um Lübeck entgegen zu kommen. Man müsse sich auch die Concessionsverlängerung nicht so schlimm vorstellen. Die Gesellschaft hätte gewissermaßen nur das Verkaufsrecht. Sie müsse bei neuen Projekten erst gefragt werden, ob sie dasselbe ausführen wolle. Wollte sie es nicht, so sei sie verpflichtet, sich ein zweites Unternehmen gefallen zu lassen; sie müsse in diesem Falle sogar ev. eine Kreuzung ihrer Geleise u. s. w. zugeben. Auch sei sie verpflichtet, praktische Neuerungen einzuführen, was sie auch schon in ihrem eigenen Interesse thun werde.

Wortführer Dr. Brehmer konstatiert, daß diejenigen, welche gegen die Vorlage gesprochen hätten, die Vortheile, welche der Bevölkerung Lübecks brächten, ganz außer Acht gelassen haben. Es seien hauptsächlich nur die engen Wege und die Concessionsverlängerung, welche Gegenstände des Widerpruches gewesen. Für den ersten Fall sei doch zu bedenken, daß die Ausstellung nur 4 Monate dauere.

B.-M. Dr. Sommer wendet sich gegen die Bedenken des B.-M. Buchwald und bittet die Vorlage anzunehmen.

B.-M. Dr. Fehling dankt für die letzten Aufklärungen, die vom Senatstische gegeben seien, und giebt sich der Hoffnung hin, daß dieselben dazu beitragen würden, daß die Senatsvorlage unverändert angenommen werde.

B.-M. Moll glaubt, daß die Bedingung, welche der Gesellschaft auferlegt sei, für dieselbe doch nicht so sehr drückend sei. Es werde sich bei den schwierigen Straßeverhältnissen so leicht keine Konkurrenzgesellschaft finden.

B.-M. Poschel äußert sich über seine Stellung im Ausschusskomitee in demselben Sinne wie B.-M. Lange.

B.-M. Evers erklärt sich immer noch gegen die Vorlage.

B.-M. Wengenroth zieht die von ihm gestellten Anträge zurück.

B.-M. Konsul Petiti erklärt, daß die Bedenken, die er gehabt habe, durch die letzten Ausführungen von Senatstische gefallen seien.

B.-M. Schorer hält den Fahrpreis von 10 Pf. für die Strecke vom Kirchhof bis nach Israelsdorf für zu hoch, er bittet denselben auf 5 Pf. zu ermäßigen.

Senator Dr. Brehmer erwidert darauf, daß die Gesellschaft erklärt habe, unter keinen Umständen billiger als für 10 Pf. nach Israelsdorf fahren zu können.

B.-M. Blund spricht den Wunsch aus, daß auch die Linie Lindenplatz-Bachsweghalde erhalten bleibe oder ev. bis zum Rothen Löwen ausgedehnt werde.

Wortführer Dr. Brehmer bemerkt, daß die Erfüllung dieses Wunsches unter den gegebenen Umständen die Ablehnung des diesbezüglichen Punktes in der Senatsvorlage gleichkommen werde.

B.-M. Blund erhebt seinen Wunsch zum Antrag.  
Der Antrag Blund, über welchen zunächst abgestimmt wird, wird abgelehnt. Die Senatsvorlage wird in allen Punkten angenommen.

Es wurde sodann die Verathung des am 18. Februar an eine Kommission verwiesenen Senatsantrages, betreffend eine persönliche Gehaltszulage an den Baudirektor Schwiening wieder aufgenommen.

Die Kommission beantragt, den Senatsantrag abzulehnen und dagegen dem Senate das Ersuchen entgegen zu bringen, dem Baudirektor Schwiening die Wahrnehmung eines Konservators der Lübeckischen Bau- und Kunstdenkmäler unter Verlegung eines pensionsberechtigten Gehaltes von 1500 Mk. als Nebenamt zu übertragen.

B.-M. Dr. Schön berichtet von Seiten der Kommission über die Verhandlungen derselben. Die Kommission sei keineswegs aus lauter Gegnern der Senatsvorlage zusammen gesetzt gewesen. Man habe sich aber verhältnismäßig schnell auf den jetzt eingebrachten Antrag geeinigt. Er wolle jetzt nur noch den Wunsch äußern, daß der Antrag in der Bürgerschaft möglichst einstimmig angenommen werde; auch gebe er sich der Hoffnung hin, daß der Senat dem Ersuchen nachkommen werde.

B.-M. Hempel weist darauf hin, daß man geglaubt habe, nachdem im Jahre 1892 die Beamtengehälter regulirt seien, jetzt eine Zeit lang Ruhe zu haben, da sei aber nicht der Fall. Es sei bereits das zweite Mal, daß das Gehalt eines Beamten erhöht wird. Der Antrag sei ja von einem gewissen Wohlwollen getragen; er könne aber auch Unterbeamte, auf welche dieses Wohlwollen angewendet werden könne. Es sei z. B. ein Unterbeamter in einem wichtigen Amte im Baufache bereits 21 Jahr diätarisch beschäftigt. Er bitte nun dieses Wohlwollen auch auf die Unterbeamten auszubehnen.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen und die Sitzung geschlossen.